

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Extra3
August 2022

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Inflation live zu
besichtigen:
SPD-Sommerfest

Bemühung um
Transparenz: Südbad zu
für Zeiss

Der nächste Sozialismus
wird nachhaltig



Die Ruhe vor dem Herbst

Stadtgespräch

Endlich, zu Recht und verdientermaßen: Jena wird Koalitionsstadt gegen Rassismus



Ein symbolträchtigen Schritt auf dem Weg der Signale konnte mit der Setzung eines wichtigen Zeichens gegangen werden, und das in die richtige Richtung. Wer glaubte, Jena sei nur Wissenschafts-, Universitäts- oder Lichtstadt, muss umdenken und erkennen, dass das rassistisches Denken in kolonialistischen Strukturen war. Abgesehen davon, das Universitätsstadt sich anhört wie ein bezuschusster Subventionsumpf für ehemalige Studenten, kommen wissenschaftliche Fortschritte nur selten vor, und so lange kann keine Gesellschaft warten, ohne auseinanderzudriften.

Nun also ein großer Erfolg für Oberbürgermeister, Integrationsmanager und Beauftragte für Migration und Integration, wobei es sich um drei verschiedene Leute handelt, sie alle konnten sich auf ein Pressefoto zusammenfinden und dazu einen Anlass präsentieren: Jena ist neues Mitglied der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus, so eine Art Hanse für Vielfalt.

Nun darf es nicht bösen Zungen überlassen bleiben zu fragen: Hat der Oberbürgermeister nichts zu tun? Darum fragen wir das und antworten: Gewiss, aber gönnen wir ihm doch ruhig eine Verschnaufpause in der ganzen Arbeit voller Verantwortung zum Wohle der Stadt und lassen wir ihn mal zur Entspannung zwischendurch einen Fototermin absolvieren, der absolut keine Kompetenz verlangt und nicht weiter anstrengt. Die Zeiten werden noch schwer ge-

nug, da braucht man zum Ausgleich umso mehr Symbolpolitik mit typischen Zeitungsfotos.

Zumal er damit uns alle repräsentiert, die wir nun alle weniger alltagsrassistisch sind, weil uns verdeutlicht wird, dass in Jena kein Platz für Rassismus und Diskriminierung ist. Wir sind stolz auf einen Oberbürgermeister, der nicht kritisierbar ist, weil Kritik notwendigerweise aus der rassistischen Ecke käme. Die ist irgendwoanders als wo wir sind, das haben wir nun schwarz auf weiß, wie man früher sagte. Und man wird im Gegensatz zu früher nicht mehr hören: „Woher haben Sie diese Information?“, sondern: Bysurasisd.

Wenn es also noch rassendiskriminierende Verordnungen und Regeln gäbe, spätestens jetzt würden sie aufgehoben. Es gibt aber keine, darum sensibilisiert man sich gegen Alltagsrassismus mit einer breit angelegten Kampagne der Öffentlichkeitsarbeit. Die ist also auch gegen Rassismus, das wird man somit in aller Deutlichkeit zu sehen kriegen. *ia, nm, bz*

Letzte Vorstellung

Die Holländer des Gastensembles am Theaterhaus gaben ihre letzte Vorstellung mit einem Stück über Thüringer Kleingärtner. Jetzt kehren sie zurück in ihr Wohnwagenwindmühlenland mit Käsetulpen.

Jobwalk

Auf dem Markt präsentierten sich Jobanbieter potenziellen Bewerbern. Darin bestand schon die erste Auswahl, die Interessierten mussten selbst hinkommen, ohne gebracht zu werden.

Auftritte

In der Goethe-Galerie traten Sänger Markus aus der Neuen Deutschen Welle und Bata Il-



lic aus der vorherigen deutschen Welle auf. In einer Einkaufspassage zu singen ist dann schon der kommerzielle Erfolg. Die Zeile „Ich geb Gas“ wurde abgeändert in „Ich gäb Gas.“

Kabeldiebe

Von einer Baustelle wurden Stromkabel im Wert von 27.000 Euro gestohlen. Jedenfalls zum Zeitpunkt des Diebstahls; inzwischen sind sie 32.000 Euro wert. Die Spur führt in ein Land, das kein Stromproblem hat.

Ladenschluss

Der Laden für Spielwaren und Kinderbedarf in der Goethe-Galerie hat zugemacht. Das Konzept Kind scheint nicht mehr zeitgemäß zu sein, es ist ein soziales Konstrukt, und wenn die Kinder ihr Geschlecht bestimmen, entscheiden sie sich meistens auch gleich für das Alter eines Erwachsenen.

Stromausfall

Ganz kurz fiel in der Jenaer Innenstadt der Strom aus. Die Betroffenen reagierten enttäuscht, als sie bemerkten, dass es gar kein Zeichen der Solidarität war.



BRAKING SÜDBAD



Am ersten Julisonntag gab es freien Eintritt am Schleichersee, doch Zufriedenheit oder gar Dankbarkeit war bei den Badegästen nicht zu spüren, stattdessen Unmut. Denn am Tag zuvor gab es gar keinen Eintritt, da war geschlossene Veranstaltung, Familienfest für die Mitarbeiter von Zeiss.

Zum Ausgleich, so dachte man sich das, dann eben am Folgetag Freibaden für alle.

Hat denen, die am Vortag abgewiesen worden waren, und den Inhabern der Saisonkarten irgendwie nicht genügt. Darum dachten wir uns, bringen wir Transparenz in die Sache und schaffen Überzeugungskraft, indem die Leute erfahren, wieviel Zeiss für den Tag am Schleichersee den Stadtwerken bezahlt hat, denn das kommt ja allen zugute und stabilisiert die Eintrittspreise, vielleicht mildert es sogar die Gaspreise.

Also fragten wir bei Stadt und Stadtwerken, was gezahlt wurde

und was der Oberbürgermeister über etwaige Provisionen wisse. Uns antwortete die Pressearbeiterin der Stadtwerke: „Wir verstehen, dass Badegäste, die das Südbad lieben, es an einem schönen Sommertag vermissen. Jedoch gab es auch in der Vergangenheit bereits geschlossene Veranstaltungen im Südbad. Als Alternative kann an diesen wenigen Veranstaltungstagen das Ostbad oder auch das GalaxSea in Jena genutzt werden. Zu Vertragsdetails geben wir grundsätzlich keine Auskunft.“

Das ist jetzt schade; nicht dass es Verschwörungserzählern Vorschub in die Hände leistet.

Wäre schon interessant gewesen zu erfahren, wieviel man sparen muss, um sich mal den ganzen Schleichersee für einen Tag zu leisten.

Und dass sie keine Details zu Provisionsflüssen preisgibt, kann natürlich so verstanden werden, dass es keine gab. Also keine Provisionen, nicht keine Details. Sie

verrät nicht einmal, ob Provisionen bei so was ein ganz normaler Geschäftsvorgang wären oder ob sie bloß die Leute, die noch Volkseigentum gewöhnt sind oder die res publica, nichts angehen.

Schöner wäre natürlich gewesen, wir hätten die Mitteilung gekriegt, dass dem Oberbürgermeister nichts von Provisionen oder provisionsähnlichen Zahlungen bekannt ist, weil und so dass es wohl keine gab.

Aber wie wir unsere Leser kennen, vermuten sie jetzt viel mehr und viel Schlimmeres bei zu vielen.

Tja, das müssen Sie sich jetzt selbst ausmalen, was Sie dazu für möglich und wahrscheinlich halten. Hängt ganz von Ihnen ab, was für ein Bild Sie sich von der Stadt gemacht haben. Stellen Sie sich die Jenaer Obergesellschaft als ungeniert durchkorrumpiert vor oder meinen Sie, dass man Korruption so lange ächtet, bis es um Geld geht?

bz

Report

Das meint ein anerkannter Medienexperte zur Gleichschaltung der Zeitungen

Im öffentlich-rechtlichen Frühstücksradio, Deutschlandfunk, ein Gespräch mit einem Experten, Stefan Fries, journalistisch tätig für WDR und DLF, es geht um die Lokalzeitungen in den USA, die sind weg, viele Regionen haben keine Regionalzeitung und das ist ungünstig für die Demokratie.

Wie es bei uns sei, fragt die Moderatorin den Experten. Da gäbe es noch überall Zeitungen, aber auch Krise, zu wenig in Innovation, Verlage haben Titel zugekauft, um gegenzufinanzieren, es seien aber viele lokale Ausgaben eingestellt oder „inhaltlich gleichgeschaltet“ worden.

Ob das nun auch eine Gefahr für die Demokratie wäre, wird nicht gefragt.

Darum taten wir das und fragten bei dem befragten Experten nach: *Heute morgen sagten Sie im DLF, Verlage haben Titel zugekauft, um gegenzufinanzieren, lokale Ausgaben seien eingestellt oder „inhaltlich gleichgeschaltet“ worden. Dazu wüssten wir gern, ob Ihrer Beurteilung nach mit der inhaltlichen Gleichschaltung auch eine meinungspolitische verbunden ist und ob darin auch eine wie von Ihnen für die USA beschriebene Gefahr für die Demokratie besteht.*

Wir haben offen gesagt nicht damit gerechnet, dass er unbezahlt sich professionell mit der Anfrage einer Piepselzeitung befasst, aber doch, das tat er und schrieb uns, *„sicherlich wird das Meinungsspektrum auch eingeschränkt, wenn es vor Ort nur noch eine statt zwei Zeitungen gibt. Es wird*

Wenn in allen Zeitungen das Gleiche steht, erkennt man leichter die Regionen, in denen die Landbevölkerung anfällig ist, Verweigerungsnarrativen zu folgen.



innerhalb von Redaktionen noch eine Bandbreite an Meinungspluralismus geben, aber es gibt ja für Zeitungen auch das Recht eines Tendenzbetriebs, bestimmte Meinungen redaktionsintern nicht zuzulassen. Insofern besteht die Gefahr durchaus.

Hinzu kommt, dass manchmal gar nicht mehr sofort erkennbar ist, dass zwei verschiedene Zei-

tungen dieselben Inhalte transportieren. In Münster zum Beispiel kommen die Westfälischen Nachrichten und die Münstersche Zeitung aus derselben Redaktion. Da wird ein Pluralismus vorgegaukelt, der keiner ist.“

Dann hat ja Jena Münster etwas voraus, bei uns wird kein Pluralismus vorgegaukelt.

SPD-Bonzen führen Beckett auf

Und der Ostbeauftragte der Bundesregierung äußert sich sexistisch über die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung



Was der Ostbeauftragte der Bundesregierung sich überlegt habe zu antworten, wenn er bei seinen Runden Tischen in Ostdeutschland auf die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung angesprochen würde, fragten wir beim Bundespressesamt an und bei der SPD-Fraktion, von wo man uns beim letzten Mal bezüglich des Ostbeauftragten eine Antwort geschickt hatte.

Die Antidiskriminierungsbeauftragte hat sich die Bezeichnung Kartoffeln für Deutsche zueigen gemacht und betreibt, so sehen es

viele, ein Geschäft mit dem, was andersherum Hass und Hetze genannt würde.

So steht sie, wie Hamed Abdel-Samad an Olaf „Kartoffel“ Scholz schreibt, „*der Kritik am Islam sehr ablehnend gegenüber und betrachtet sie als Rassismus. Sie lehnt den Begriff Islamismus ab und hält eine Diskussion über Clan-Kriminalität für diskriminierend. Sie ignoriert die Diskriminierung innerhalb von Migrantengruppen (Männer gegen Frauen, Türken gegen Kurden und hellhäutige gegen schwarze Mus-*

lime), weil für sie nur der weiße Mann Rassist sein kann. Sie hat sich sogar dafür ausgesprochen, Islamkritiker wie mich oder Necla Kelek aus dem Diskurs auszuschließen.“

Ist halt nicht Hass-und-Hetze, sonder Gegenhass und Gegenhetze.

„*Sie gehört zu einem Kartell von privilegierten Migrantenkinder, die auf Kosten des Schuldkomplexes der Deutschen Karriere machen und Fördergelder erwerben. Ihre Mitstreiter werden nach ihr in Regierungsämtern hineingeholt*

Noch in der Hoffnung auf die Zeitungsmeldung „Großes Interesse am SPD-Sommerfest“



und sie werden den Diskursraum noch enger machen, als er ohnehin ist“, so Hamed Abdel-Samad weiter. „Sie kann den Rassismus im Land nicht bekämpfen, weil sie mit einem rassistischen Weltbild arbeitet, das besagt, dass Weiße nur Täter und Schwarze und Braune nur Opfer sein können. Damit stößt sie viele anständige Weiße vor den Kopf, die die meisten Anti-Rassismus-Projekte mit ihren Steuergeldern finanzieren und deren Engagement wir im Kampf gegen Rassismus brauchen. Gleichzeitig deckt sie viele Rassisten und Islamisten mit Migrationshintergrund, die nicht nur Weiße, sondern auch Migranten diskriminieren.“

Was hätte sich der Ostbeauftragte wohl zurechtgelegt? „Sie sind eben Ostkartoffeln“?

Im letzten Senioren-Akrützel empfahlen wir, einfach zum SPD-Fest im Paradies zu gehen und den Herrn Ostbeauftragten persönlich danach zu fragen. Einer hat es wirklich gemacht, zufälliger- und zur SPD passenderweise der Selbstbeauftragte für Behinderte in Jena.

Da trafen sich zur Bühnenshow mit zahlarmem Publikum Minister Maier, Finanzministerin Taubert, eben der Ossibeauftrag-

te und Holger Becker, einer von den überzähligen Abgeordneten des zu großen Bundestages, und erzählten sich ihren gängigen dutzendfach gehörten SPD-Müll, Erbschaften abschöpfen und all der ganze Quatsch, Dekadenztheater, das nicht einmal Voyeurismus bedient wie Schlingensiefel mit den Behinderten.

Durch den Seidelpark streiften Polizeifahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Wenn die vielbeschworenen politischen Gegner der SPD wirklich so wären wie von



ihr phantasiert, würden sich die Chargen nicht ohne Panzerglas auf die Bühne wagen.

Ob sie für Abschöpfung der Überdiäten und der Doppelvergütungen bei Parlamentssitz plus Beauftragung beziehungsweise Regierungsamt wären, werden sie nicht gefragt, von wem auch.

Ein SPD-Preis der SPD-nahen Stiftung wird an jemanden von der SPD verliehen, Applaus-Applaus, ein am selben Tag neu eingetretenes Parteimitglied wird vorgestellt sowie eine Genossin, die seit fünfzig Jahren in der Partei ist. „Einmal Juso, immer Juso“, sagt sie. Sagt es mal jemand von denen selbst. Sagen wir ja auch, aber wehe, wenn wir es sagen, dann ist es Delegitimierung des Idiotenzirkus.

Fragt also einer von außerhalb der SPD-Blase den Beauftragten, was er antworten würde, wenn er nach der Antidiskriminierungsbeauftragten gefragt werde.

Kenne er nicht, sagt er.

Wieso? Da fällt es ihm doch ein, doch, „tolle Frau“, sagt er.

Und was seine Antwort wäre?

Da wird er abgedrängt wie Joe Biden, wenn eine Frage nicht vorbereitet war. Gerlitz sagt, es gäbe doch jetzt diesen ganz wichtigen Termin zu kommunalen Themen.

Danach spielt der Beauftragte Fußball.

Und ein SPD-Mann sagt zum Fragesteller: „Sie sind doch bekannt dafür, die Hand in die Wunde zu legen!“ SPD-Sommerfest muss wohl ein geschützter Raum sein.

Welche Wunde es jetzt sein soll, die handgroß sei, ist nicht ganz klar, die Antidiskriminierungsbeauftragte oder die Antwort des Ostbeauftragten? „Tolle Frau“, das ist sexistisch, da wird die Person nach Geschlecht bewertet und nicht nach ihrer Leistung. Aber wenn sie dabei besser wegkommt.

Das jedenfalls ist die Antwort des Ostbeauftragten. „Tolle Frau.“

Bernd Zeller

Hygieneartikel

Linksweicheiwessi Thomas Kemmerich kommt nicht gegen Hartlinkswessi Bodo Ramelow an, er hat es bekanntlich versucht, weil er in seinem Wahlwerbespot gezeigt hat, dass er tappen kann, und irgendwohin musste es ja gehen. Wir erinnern uns. Vielleicht.

In der Zeitung stand im Zusammenhang damit, dass sich im Landtag eine Gruppe bildet, die der Zeitung nicht passt, Bürger für Thüringen, und bei so was ist immer von Panoptikum, Farce oder Trauerspiel die Rede, da stand also zur Ermahnung, Kemerich wurde ins Amt des Ministerpräsidenten „getrickst“ und sei alsbald „gescheitert“.

Dazu baten wir um die Auskunft:

Ist „getrickst“ und „gescheitert“ jeweils Meinung oder Fakt?

Hätte Nichtscheitern bedeutet, nicht zurückzutreten?

Haben diejenigen, die sich an die Vorgänge so erinnern, dass er gewählt und zum Rücktritt genötigt worden wäre, eine Lügen-erinnerung?

Verfasser und Chefredakteur waren außerstande oder nicht willens, den Lesern des Senioren-Akrützels einen Antwortbescheid zuzustellen. Was fragen wir auch nach so was wie Meinung oder Fakt. Das ist, was man fühlen soll, sogenannter Debes, journalistischer Stoff, mit dem der Journalist seine eigene Konformität demonstriert und sich dafür feiert, dass er den Konsens des Verlogenheitsumfeldes vertritt. Das Erfolgserlebnis besteht darin, weitermachen zu dürfen.



Man kann nicht so etwas schreiben, ohne Schaden zu nehmen. Lesen auch nicht.

Denn es verlangt zuallererst, sich selbst zu belügen. Man lügt, um in einer Lügenwelt nicht aufzufallen. Das ist schlecht für die Gesundheit.

Und das ist der Grund, warum eine Drohkulisse aufgestellt wird, sie soll suggerieren, dass es noch schlechter für die Gesundheit wäre, es doch zu tun. Kemmerich glaubt inzwischen selbst, dass er übel ausgetrickst worden wäre und etwas Unverzeihliches, das rückgängig gemacht werden musste, veranstaltet hätte. Man kann wohl die Bezeichnung Erfurt-Syndrom einführen.

Dabei war die Ansage der Kanzlerin, dies müsse rückgängig gemacht werden, so verfassungswidrig, dass sogar das Bundesverfassungsgericht eine grundgesetzliche Ordnungswidrigkeit feststellen musste. Nicht ohne Sondervotum, das von der maßgeblichen Presse als „fulminant“ gefeiert wurde. Eine junge Richterin befand, das mit dem Neutralitätsgebot sei nicht so durchzuhalten. Dieser Richterin und ihrer Rechtsauffassung gehört die Zukunft.

Wir haben hier, um es deutlich zu sagen, nicht von Lügenpresse gesprochen. Das schlimme Wort Lügenpresse impliziert einen Anspruch, den die Journalisten längst aufgegeben haben. Es sind die Leser, die sich bereitwillig zeigen lassen, was Meinungsusus ist, wenn man es dem Gefühl des politischen Alleinstehens vorzieht, sich krank machen zu lassen.

Bernd Zeller

Der Untergang durch die heitere Lupe betrachtet



In der Demokratie muss man eben selbst die Vorsorge treffen für den Fall, dass das, was man gewährt hat, auch eintritt.



In der Lokalredaktion locht der Sommer

Was scheren wir uns nur immer um die örtliche Presse, sehen wir in ihr eine lästige Konkurrenz?

Konkurrenz jetzt nicht gerade. Aber es ist leider nicht so, dass man sie einfach ignorieren kann. Kann man natürlich, aber nicht die Folgen des Ignorierens, denn die Ortspresse bestimmt immer noch, was alle für den Zeitgeist halten und wovon alle annehmen, dass es gemeint werden müsse.

Außerdem ist das Zeitungsdeutsch in den Sprachgebrauch eingewabert, Politikersprech gibt die Denkformen vor. Das sind die emotional geladenen Metaphern, die weiter nichts beinhalten und sich danach anhören sollen, als gäbe es einen Gehalt, den man heraushören könne, wenn man nur die nötige Offenheit für Haltungsinformation einbringe.

Jüngst nun ruft der Lokalchefwessi die Eröffnung des Sommerlochs aus. Wie sich das wohl anhört, „Das Rennen um den Startschuss des Sommerlochs geht in die nächste Runde“? Fast, er „über die letzten Meter vor den Ferien“. Können wir uns so viel Strom für diesen Quatsch überhaupt noch leisten? Es kommt ja noch schlimmer; überraschenderweise bekommen wir demonstriert, ein Loch lässt sich breittreten.

Und das klingt so: „Mit den Ferien kann der Sommer kommen: Und die Redaktion laviert zwischen Aufatmen und bangen Prophezeiungen. Die Terminflut der vergangenen Wochen ist passé. Als ob es kein Morgen gäbe, landeten Einladungen in der Redaktion. Und jetzt erwarten wir ein Sommerloch, das möglicherweise tiefer sein wird als es in der Vergangenheit war.“ Falls jemand wissen wollte, wozwischen die Redaktion auf den letzten Metern laviert, wenn mit den Ferien der Sommer

immerhin schlicht „kommen“ und nicht sogar „Einzug halten“ kann.

Einladungen waren zugestellt worden, oder sie landeten, das kann auch zufällig und irrtümlich geschehen, in der Redaktion. *Landen* ist schon die elegantere Version von *auf den Tisch flattern*.

Da wissen wir auch, was die Montagsspazierer falsch gemacht haben. Sie haben der Redaktion keine Einladungen überbracht. Keine Pressetermine mit Buffet. So was nehmen Journalisten schnell übel.

Nichtsdestoweniger, von wem immer diese Einladungen kamen, von diesen Leuten muss man sich genauso fernhalten wie von den Redaktionen.

„Auf den letzten Metern durfte sich Carsten Müller noch in das Goldene Buch der Stadt eintragen“, jetzt werden sogar die Meter knapp.

Aber es geht um den ja nicht, sondern um den Redakteur; nach etwas Zeilenschinderei kommt er wieder auf sich zu sprechen: „Ich gestehe: Ich habe Mathematik immer gehasst.“

Logisch, da geht es darum, selber zu denken.

Besser wäre er in Genderethik gewesen.

Doch Hass ist keine Meinung, er meint bloß, er hätte Mathematik gehasst. Gehasst hat er sich selbst dafür, mathematischer Schulschwager zu sein und sich als intellektueller Minderleister zu fühlen, so dass er seinen Hass projiziert und folgerichtig Journalist wird.

Wenn das nun also Sommerloch ist, was hat er dann die ganze Zeit gemacht?

ia, bz



Den nachhaltigen Sozialismus in seinem Lauf

Man stelle sich vor, jemand wolle die Spanische Inquisition etablieren, also heute und hier, nur diesmal nachhaltig. Wir stünden vor der Überlegung, ob wir es mit einem harmlosen Spinner zu tun hätten oder mit einem gefährlichen.

Die Jenaer Studentenzeitung heißt, für manche bekanntlich, auch Akrützel, eigentlich Studentisches oder Hochschulisches, die kennen aber nur ihren eigenen geschützten Raum, darum firmiert es als ledigliches Akrützel. Die nun haben einen Professor für Arbeit-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie entdeckt, der im Gespräch mit ihnen für einen „nachhaltigen Sozialismus, für eine Utopie, die unserer Gesellschaft guttäte“, plädiert.

Hier nun zunächst, bevor wir das Gespräch lesen, unsere Vorurteile: Eine schöne Utopie wäre eine Gesellschaft ohne nutzlose Soziologieprofessoren, die von Ar-

beit, Industrie und Wirtschaft nur so viel verstehen, dass sie sich damit allenfalls soziologisch, das heißt geschwätztechnisch, in Kontakt bringen wollen und den Arbeitenden auf der Tasche liegen, denen sie erzählen, wie ihre Gesellschaft auszusehen habe. Der wird substanzlose Formulierungen als Utopie ausgeben und als erreichbares Ziel verkaufen, an dessen Erreichung nur ein paar Unbelehrbare aus Volk und Hassgruppen hindern. Und die Studenten lassen sich leimen, die sehen einen, bei dem der Sozialismus schon Wirklichkeit geworden ist.

Und, was sagt er? Kapitalismus muss expandieren, kann deshalb nicht nachhaltig sein. Kann und muss überwunden werden, „strategisch bewusst und in härtesten Auseinandersetzungen mit den dominanten kapitalistischen Akteuren“. Die Lohnabhängigen nimmt er aber in Schutz vor Zu-



weisung der Schuld an den Zwängen. Doch nicht-kapitalistische Positionen voranzubringen, sei zwar möglich, gelinge aber nicht, sogar die Linkspartei scheue, die Systemfrage offen zu stellen. Es fehle die positive Vision, die Utopie, dass die Transformation zu

Das haben wir nicht gewollt!

*Also, ja, genau so schon,
aber doch nicht wegen Krieg.
Höchstens Pandemie.*



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Thüringer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Mailversand

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena, 0175-240 61 81

Anregungen und Aufregungen an Senioren-Akruetzel@gmx.de

einer besseren Welt führen kann.

Kleine Schritte zur radikalen Änderung der Gesellschaft. „Was wäre die Rolle der Universität in einem sozialökologischen Transformationsprozess?“ lautet die weitere Frage.

Ach, das reicht. Ist vielleicht völlig unfair von uns, dass wir uns den Schmarrn nicht weiter geben wollen, aber es geht nicht.

Der Sozialismus als ständiger Prozess tiefgreifender revolutionärer Umwälzungen, mit Ökogeschwätz entwürzt.

Das können die im 19. Jahrhundert besprechen, aber nicht dreißig Jahre nach der Wende.

Der wissenschaftliche Gehalt besteht in angewandter Manipulationstechnik. Gegen die als beweisbar unzulängliche Realität eine astreine Vision zu setzen, das ist ein propagandaktischer Trick; das wissen wir, weil wir ihn kennen, wir merken, wenn er angewendet wird.

Sozialismus ist Schwindel von Anfang an. Die Partei tritt an die Stelle der Ausbeuterklasse, das ist alles, das ist Programm, Manifest und Realität. Nachhaltiger Sozialismus bedeu-



tet, dass Nachhaltigkeit zur ideologischen Stanze gemacht wird.

Dass die Parteileute jetzt so nicht ganz offen den Systemwech-

sel propagieren und somit Doppelschwindel betrieben, kann man indes nur für die Beobachtung halten, wenn man es ziemlich eilig hat.

Das Systemgewechsel ist jedoch keine verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Sondern Superlegitimierung. Die totale Verstaatlichung.

Die einzige Systemfrage, die hier zu stellen wäre, lautet: Kann man die Universitäten noch dahingehend reformieren, dass Forschung und Lehre nicht von Scharlataneriewissenschaften okkupiert werden und dass die Steuergelder, die ganz klimaschädlich erarbeitet werden, nicht als veruntreut angesehen werden müssen? Wo kriegen wir Studenten her, die noch was Nützliches studieren wollen und sich darunter etwas vorstellen können?

Bis dahin tut es uns leid, dass die Studenten es von uns erfahren müssen: Man kann jeden Begriff ins Sinnlose wenden, indem man –soziologie anhängt. Und der Sozialismus kann funktionieren, wenn etwa 97 Prozent von ihnen keinen Staatsposten bekommen, sondern in die Produktion gehen.

Irene Adler, Bernd Zeller



Machbarkeiten unter veränderten Bedingungen

Diese Antwort aus der Presesprecherei des Thüringer Umweltministeriums kam gerade noch rechtzeitig für diese Ausgabe, etwas verzögerter als gewohnt, aber der Sprecher von Anja Siegesmund ist mal lobend zu erwähnen dafür, das er für gewöhnlich recht rasch auf unsere Anfragen antwortet.

Wie man sich vielleicht erinnert – eher nicht, aber wir haben es behandelt – hat vor einem Jahr das Thüringer Umweltministerium 170.000 Euro für die Erfurter Umwelthilfe, die hier stellvertretend genannt sei, bewilligt für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie. Damals drohten Wahlen vor der Tür zu stehen, das ist budgetmäßig so ähnlich wie Jahresende. Damals fragten wir nach Details des Antrags und wie sich

der Finanzierungsbedarf zusammensetzte.

Im Frühling, wurde gesagt, solle die Studie fertig sein.

So fragten wir im Frühling, was nun verkündet werden könne.

Sei noch nicht fertig wegen Corona, im Sommer solle große Präsentation sein.

Nun hat sich inzwischen die weltlagebedingte Situation geändert, womit vor einem Jahr nicht zu rechnen war, das muss doch Auswirkungen auf die Machbarkeiten haben – ob dies in der Studie noch berücksichtigt werden konnte?

Der Sprecher bat „noch um etwas Geduld. Seitens des Projektpartners DUH wird erst zum Oktober die Abschlussdokumentation des Pilotprojekts ‚Quartiere gemeinsam lebenswert gestalten‘

vorgelegt. Die Abgabefrist musste pandemiebedingt (Krankheitsausfall der Projektbearbeiter/in) um zwei Monate (kostenneutral) verlängert werden.“

Daraufhin fragten wir, aber da war er schon in den verdienten Urlaub abgereist: Was ist eigentlich mit dem Geld in der Zwischenzeit? Wird das so gehandhabt, dass alle Vorgänge, die was kosten, beim Ministerium abgerechnet und von da bezahlt werden, oder ist das so, dass einmal der beantragte und genehmigte Gesamtbetrag überwiesen wird und die Umwelthilfe dann ein Motiv hat, mit dem erhaltenen Geld sorgsam zu wirtschaften?

Dies wird gewiss schnell und unbürokratisch beantwortet werden, wir melden, wenn das Warten auf die Studie vorüber ist. ●



AKRÜTZEL-Jobtipp

Eine befristete Stelle ist frei

Viele unserer Leser stehen Arbeit nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, weshalb wir Ihr Augenmerk auf eine Stellenausschreibung richten wollen.

Die Grünen suchen eine Art Parteischutzmann (auch männlich) für Datenanalyse und Gegenbeobachtung, der dem Vorstand direkt untersteht.

„Die Vorstandsreferent*in für

Daten-Analyse und Gegnerbeobachtung wird im Bereich Politik und Analyse beschäftigt und ist für Auswertung, Strategieentwicklung sowie Monitoring im Bereich der Wahl- und Sozialforschung zuständig. Es handelt sich im konkreten Fall um eine besondere Vertrauensposition, die an die Amtszeit des Bundesvorstands gekoppelt und bis zum 31.12.2023 befristet ist.“

Eine uns regierende Partei sucht jemanden zur Gegnerbeobachtung. Da wird einer nicht reichen, aber das ist auch nicht gesagt.

Man könnte sich fragen: Wenn die jetzt jemanden zur Gegnerbeobachtung suchen, was haben sie dann die ganze Zeit gemacht? Ja schon nichts anderes, aber viele taugliche Kräfte und Quotenbesitzende sind zum Staat gegangen, die Partei ruft jetzt Sie.

Zu erwarten sind gute Vergütung, beheiztes Büro, schnelles Internet und Aufwandszulage für die Tarnidentität. Offiziell arbeiten Sie als Klimasoziologe. Für die Tarnung ist ganz gut, wenn Sie sich über die Grünen angemessen geäußert haben.

Das mit der Befristung klingt sehr kurz, aber die können ja nur bis zu ihrer nächsten Vorstandswahl eine Zusage machen. Wenn Sie Ihren Job richtig verstehen, gehört zu Ihren ungeschriebenen Aufgaben das Auskundschaften der parteiinternen Konkurrenz. Sie müssen den Vorstand beschützen, und der wird weniger bedroht von Windleugnern und Steuerborddunklen, die brauchen Sie nur als Feindbild, um die Parteifolgschaft zu einen. Sie müssen logischerweise auf diesem Gebiet Erfolge vorweisen, das wird Ihnen gelingen. Aber Sie müssen jetzt schon absehen, wer Ambitionen auf Vorstandsposten oder einflussreiche Positionen entwickelt. Dann sammeln Sie kompromittierendes Material, legen Zersetzungs Vorgänge an, na Sie wissen doch.

Ganz wichtig, beinahe schon in Vergessenheit geraten: Dasselbe unternehmen Sie bezüglich des Vorstands. Den müssen Sie in der Hand haben.

So sichern Sie Ihren Job.

Und wir alle haben eine stabile Regierung. ●



Jenaer Impressionen



Originale kaufen, solange sie noch günstig sind



www.atelierno8.de



100 Seiten s/w, Hardcover, 20 Euro
www.solibro.de



*Das relative Highlight
für Ihr Betriebsfest oder
Ihre Coronaparty*

ANERKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN

03641-619434

in und um Jena
ab 300,- €



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Zeitungen vergrößern die Fotos der Redakteure neben den Artikeln, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen

Eine Leser-Blatt-Bindung funktioniert über die Glaubwürdigkeit der Verfasser, darum müssen sie farbiger auf weiß neben ihrem Text zu sehen sein. So wird

die Botschaft nicht anonym vermittelt, sondern bekommt einen persönlichen Bezug. Darum sind die Zeitungen dazu übergegangen, die Fotos der Verfasser noch

größer zu drucken. Sie sind zwar immer noch kleiner als der Leser, können aber auf Augenhöhe zu den Lesern positioniert werden, so dass diese sich ernst-



genommen fühlen, sogar noch ernster als bisher.

Wir brauchen jetzt die Klarheit, ob die Einschränkungen im Herbst wegen Corona oder Ukraine kommen



Der Staat muss seinen Bürgern reinen Wein einschenken, und wenn das nicht geht, weil niemand den Mut hat, vor die Menschen zu treten und zu bekunden: „Wir bekommen das, was wir gemeinsam gewollt und worauf wir hingearbeitet haben“, muss man eben einen Grund finden, gegen den nur Zerschwörungserzählende mit Kontakten ins steuerborddunkle Milieu etwas zu hetzen haben. Umso wichtiger, dass die Einigkeit erzielt wird, worum es sich handeln wird, und das möglichst rechtzeitig.

Problem: Immer mehr Menschen fühlen sich alleingelassen mit der Frage, welches Geschlecht das ihre wäre

Das eigene Geschlecht selbst bestimmen zu können, das klingt einfacher, als es sich in echt anfühlt, denn woher soll man wissen, ob das, was man ist, zum Beispiel Frau ist? Rufe nach Finanzierungen von Stellen für Geschlechtsberatende werden laut, aber so lange muss ein weiterer Streifen auf der Regenbogenfahne genügen für die, die irgendein Geschlecht haben und bloß nicht wissen, welches.

NACHRICHTEN FAKTEN NEWS

Die Documenta-Chefin ist zurückgetreten. Das ist ein schönes Zeichen dafür, dass jüdisches Leben im Globalen Süden wieder möglich ist. Vorausgegangen war ein inszenierter Konflikt mit Claudia Roth, so dass sie der Kulturministerin nachgeben konnte und nicht, wie es im ZDF hieß,

der jüdischen Lobby. Die gesamte Documenta soll nun an den Globalen Süden zurückgegeben werden als Zeichen des Antikolonialismus.

Annalena Baerbock ist an Corona erkrankt, trotz vierfacher Impfung. Da muss sie ein vierfach Ungeimpfter ange-

steckt haben. Dank Impfung war sie mit Impfung erkrankt und nicht ohne.

Ein Saufsong-Hit wurde durch Verbote erst recht populär. Das Verbot ist nicht nachzuvollziehen, das Lied handelt von einer gelungenen Integration in den Arbeitsmarkt.

Bessere Gesellschaft Hat Christian Lindner heimlich geheiratet?



Das wäre ein Ding. Die Gerüchteküche brodelte schon länger und mit ihr das Gerücht, dass der Bundesfinanzminister per Ja-Wort ins Ehegattensplitting rutschen will. Der Ring am Finger spricht eine eindeutige Sprache, dann wird es wohl so sein.